

Die
ig.

zusammenfassende Neu-
ordnung, der Lohn-
ten Lohnbeschlagnahme-
er Gehalts- und
hlichem Aufbau hat die
gen erfahren. Bedeut-
nde:

schuf sich bisher auf den
in beschränkte, ist der
Wergütung für geleistete
nge auch auf einmalige
Weiter wird die Wäg-
fändung seitens ge-
er befreit. Anderer-
iedungen energisch

Mark-Verträge ist in
nn 2. B. der Chemann
seiner Frau versprochen
ohne weiteres von der
chten Pfändung mit-

er künftig nicht mehr
mmen sichern, daß er
seiner Frau oder eines
umwendet, während ihm
orm von Unterhalt, un-
id oder dergleichen zu-
angemessene Vergütung
er Pfändung ohne wei-

dem bringendem und bis
rechtfertigen Verlangen der
der absoluten
machvollen Grenzen ent-
von 165 auf 150 RM.

die Gehalts- und Lohn-
uar 1935 in Kraft; im
retens der 1. Nov. 1934.

is und

g, Ministerialdirektor
Palandt;
rmögen, Präsident Prof.

hen und Gerichtsorgan-
atsfunktionen gemein-
estraf Dr. Schlegel
Bürgerliches Recht, Bür-
recht, öffentliches Recht
Staats-
tellungen II (Strafge-
II (Strafgesetzbuch und
Preussische Justizverwal-
Die beiden Zentralrä-
Dr. Schlegelberger und
nittelbar unterstehen, ge-
as Reichs- und preussische
agr Dr. Doerner.
mit dem Gering eine längere Unterredung führte. Sein
Aufenthalt im Schloß dauerte insgesamt über 2 Stun-
den. Sowohl auf der Einfahrt wie auch auf der Rückfahrt
vom Schloß war der Ministerpräsident Gegenstand
ununterbrochener herzlicher und lebhafter
Ovationen. Sein Erscheinen bot der Bevölkerung
die Gelegenheit, dem Vertreter des Führers die freund-
schaftlichen Gefühle für das neue Deutschland zum Aus-
druck zu bringen. Am Abend stattete der Ministerpräsident
dem Außenminister Tschisch einen Besuch ab.

Das Interesse für Göring ist in der
slawischen Bevölkerung so groß, daß sein Besuch überall
das Tagesgespräch bildet. Überall wird sein solida-
risches Aussehen und sein offenes Auf-
treten gerühmt. Auch der Umstand, daß General Gör-
ing am Donnerstag im offenen Kraftwagen durch die
Stadt zum Trauergottesdienst gefahren war, wird in
allen Kreisen der Bevölkerung in einer für den Minister-
präsidenten sehr ehrenvollen Weise be-
sprochen. Dem Ministerpräsidenten wurden auch
mehrere Sympathiebeweise durch kleine Ge-
schenke und Aufmerksamkeit zuteil, die ihm
verschiedene Leute auf die deutsche Gesandtschaft brachten.
So ließ ihm ein jüdischer Reserveoffizier mit einer
entsprechenden Widmung ein von seinem Vater verlassenes
Buch überreichen, in dem das einwandfreie Verhalten des
deutschen Besatzungsheeres im Weltkriege ge-
rühmt wird.

100 t größer als
hr.
Berlin, 18. Oktober.

in Auslande geführte Rü-
stung in der jüngsten
ment, daß der nationale
ge um die Volks-
n müße. Die Emigranten
neuen Staates seit
nächsten vier bis sechs
aber auch diesmal mit
malige ungünstige Ernte
Witterungsbedingungen
wird nämlich, wie das
auf hingewiesen,
material einen Ernte-
ein von 41,8 Mil-
l, während man in den
mit etwa 38 Mil-
l. Die späteren Niederschläge
nte befeuchtet, die über die
Tonnen und über das
re 1927 bis 1933 um 1,7
Die Deckung des deut-
n fordert bei einer Ernte
nur 30 v. H. Der Reiz
langgut, für den Vieh-

Zug erfaßt.
enrieden, 18. Oktober.

er ereignete sich an dem
er Strecke Treuenbriegen.
Als ein mit Arbeitern
akraftwagen mit
offizieren wollte, erfolgte
dem Personenzug,
s der Richtung Treuen-
ger des Kraftwagens
würzte um. Sämtliche
ubert. Eine Arbeiterin
und sofort getötet.
Machung und wurde 60
Auch er war auf der
im Infanterie erlitten zwei
ungen, während acht
verletzt wurden.

Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postverandort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amtesliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.

Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Marktstraße 14, Fernsprecher 3054/55.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mfr. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post eingeschickt 42 Pfg. Beleggeld 2,52 Mfr. — Reno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengelände 6 Pfg., Kettelpreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 289

Samstag, den 20. Oktober 1934

Jahrgang 1934

Bedeutungsvolle Unterredungen Görings in Belgrad.

Ein Gespräch mit Marschall Pétain.

DNB Belgrad, 19. Oktober.

Der preussische Ministerpräsident Göring begab sich am Freitagmittag um 18.20 Uhr vom Begräbnis des Königs Alexander von Oplenah wieder nach Belgrad zurück, wo der deutsche Gesandte von Herzen ihm zu Ehren einen Empfang gab. General Göring hatte mittags an der Trauerparade vor dem Belgrader Bahnhof den Sarg des Königs bis zum Sonderzuge begleitet. Auf dem Bahnhof war er vom Prinzenregenten Paul, dem rumänischen König Karl und dem Prinzen Cyril von Bulgarien begrüßt worden. Auf der Fahrt nach Madenowah bei Topola, hatte er Gelegenheit zu einer längeren Unterredung mit dem französischen Marschall Pétain, der in demselben Salonwagen fuhr.

Ministerpräsident Göring begab sich am Freitagmittag in das Belgrader Ministerpräsidentenamt, um dort dem Ministerpräsidenten Uzunowitsch einen Besuch abzugeben. Der Ministerpräsident unterbrach sogleich die Kabinetsitzung, die den ganzen Vormittag andauerte, und verließ 20 Minuten im Gespräch mit General Göring. Sodann besuchte General Göring im gegenüberliegenden Kriegsministerium den Kriegsminister Milownowitsch und anschließend den Generalstabschef und Armeegeneral Meditsch. Vom Kriegsministerium fuhr der Ministerpräsident zur rumänischen Gesandtschaft, wo er seinen Namen in das für König Carol ausliegende Besuchsbuch eintrug. Die beiden Ministerpräsidenten begleiteten Herrn der deutschen Wehrmacht legten in Begleitung des Landesvertrauensmannes der NSDAP auf dem deutschen Friedhof zwei Kränze an den Gräbern der deutschen Kameraden und der dort bestatteten unbekannten deutschen Soldaten nieder. Um 14.30 Uhr begab sich Ministerpräsident General Göring zur Königin-Witwe Maria. Daran schloß sich ein weiterer Empfang durch die Königinmutter Maria von Rumänien und schließlich durch den König Carol von Rumänien. Mit dem Gering eine längere Unterredung führte. Sein Aufenthalt im Schloß dauerte insgesamt über 2 Stunden. Sowohl auf der Einfahrt wie auch auf der Rückfahrt vom Schloß war der Ministerpräsident Gegenstand ununterbrochener herzlicher und lebhafter Ovationen. Sein Erscheinen bot der Bevölkerung die Gelegenheit, dem Vertreter des Führers die freundschaftlichen Gefühle für das neue Deutschland zum Ausdruck zu bringen. Am Abend stattete der Ministerpräsident dem Außenminister Tschisch einen Besuch ab.

Das Interesse für Göring ist in der slawischen Bevölkerung so groß, daß sein Besuch überall das Tagesgespräch bildet. Überall wird sein solida-
risches Aussehen und sein offenes Auf-
treten gerühmt. Auch der Umstand, daß General Gör-
ing am Donnerstag im offenen Kraftwagen durch die
Stadt zum Trauergottesdienst gefahren war, wird in
allen Kreisen der Bevölkerung in einer für den Minister-
präsidenten sehr ehrenvollen Weise be-
sprochen. Dem Ministerpräsidenten wurden auch
mehrere Sympathiebeweise durch kleine Ge-
schenke und Aufmerksamkeit zuteil, die ihm
verschiedene Leute auf die deutsche Gesandtschaft brachten.
So ließ ihm ein jüdischer Reserveoffizier mit einer
entsprechenden Widmung ein von seinem Vater verlassenes
Buch überreichen, in dem das einwandfreie Verhalten des
deutschen Besatzungsheeres im Weltkriege ge-
rühmt wird.

Beratungen der Balkan-Entente.

DNB Belgrad, 19. Oktober.

Die drei Außenminister der Kleinen Entente traten Freitag vormittag unter dem Vorsitz Titulescus zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, auf der sie die durch die letzten Ereignisse geschaffene Lage in Mitteleuropa prüften. Um 17 Uhr traten im Auswärtigen Amt auch die Außenminister des Balkanbundes zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Der türkische Außenminister Rüchay Bey erklärte der „Branda“, daß trotz allem die ordentliche Tagung des Balkanbundes am 28. Oktober in Ankara stattfinden werde. Der Balkanbund wolle das von König Alexander begonnene Werk unter allen Umständen fortsetzen.

Die Beisetzung des Königs.

Belgrad, 19. Oktober.

In Madenowah wurde der Sarg des Königs von Bauern und Frontkämpfern in Nationaltracht aus dem Zuge gehoben und zu einem der bereitstehenden Kraftwagen gebracht, der ihn nach Topola führte. Das

gesamte Trauergesolge begleitete den Wagen, hinter dem zuerst der junge König Peter II. mit seiner Mutter und dem Prinzenregenten fuhr. Auf dieser Fahrt sah man ein ergreifendes Bild. Am regelesenen Straßenrande folgte überall die Landbevölkerung mit brennenden Kerzen in der Hand. Die Menge betete und sang Trauerlieder. Kinder hatten die ganze Straße mit Blumen bestreut. Von Topola ging die Fahrt nach Oplenah zur Kirche, die zur letzten Ruhestätte des Königs bestimmt ist. Hier wurde der Sarg auf einem Katafalk vor dem Hochaltar zwischen dem Sarg König Peters und dem Sarg Karageorgs gestellt. In der Kirche sprach der Patriarch Barnabas, umgeben von den kirchlichen Würdenträgern die Sterbegebete. Der Chor sang gedämpft die liturgischen Gefänge. Darauf wurde der Sarg von ehemaligen Frontkämpfern in die Krypta heruntergetragen. Vor der Grabkammer wurden die letzten Gebete gesprochen. Leises Schluchzen erfüllte den Raum. Dann wurde der Sarg mit einer Granitplatte bedeckt. Die königliche Familie und die übrigen Trauergäste verließen darauf die Kirche. Die Menschenmenge, die sich auf dem Hügel um das Mausoleum eingefunden hatte, begann jetzt vor dem Grabmal ihres toten Königs vorbeizugehen. Während der Trauerfeierlichkeit, die um 15 Uhr beendet war, läuteten die Kirchenglocken des ganzen Landes.

Dr. Schacht über Wirtschaftstheorien und Praxis.

Auf Arbeit und Sparen kommt es an.

Ansprache des Reichsbankpräsidenten an die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbank.

DNB Berlin, 19. Oktober.

In einer am Freitagabend im Berliner Wilmersdorfer Tennishallen veranstalteten Versammlung der Betriebsgemeinschaft der Deutschen Reichsbank machte Dr. Schacht als Betriebsführer grundsätzliche Ausführungen über die Stellung und Bedeutung der Reichsbank und ihre besondere Aufgabe im neuen Deutschland. Dr. Schacht führte aus:

Die Reichsbank ist stets ein Bollwerk gewesen nationaler Pflichterfüllung und hat ihre Aufgabe unabhängig von jeder Parteieinstellung immer nur darin gesehen, den Geldverkehr in den Dienst des ganzen Volkes zu stellen und ihn zum Besten der deutschen Volkswirtschaft zu lenken. Angesichts der Zerrüttung des internationalen Währungsmechanismus der Vorkriegszeit durch den wirtschaftlichen Wahnwitz des Versailles Diktats und angesichts der Zerrüttung des nationalen Kreditapparates durch die unverantwortliche Schuldenpolitik einer marginalisierten Verleumdungspolitik hat die Reichsbank ein gewaltiges Wiederaufbauwerk zu leisten.

Es hat wenig Zweck, das Kapital als eine liberalistische Heuchelei zu brandmarken, solange man sich nicht einmal über das Wesen und die Notwendigkeit des Sparens im klaren ist und solange jeder nach Kapital schreit. Auch mit der kategorischen Forderung, daß Angebot und Nachfrage — mit ihren mitunter leider recht lästigen Folgen — aus der künftigen Wirtschaft einfach zu verschwinden hätten, kann man nur auf dem geduldeten Papier operieren.

Mit allen diesen Gedanken spielen seien nämlich in der Praxis blutwenig anfangen. Selbst in der Theorie scheint ihr Wert recht problematisch zu sein.

Mir jedenfalls, stellte Dr. Schacht fest, ist es nicht klar, wie man auf der einen Seite Rücklicht fordern kann, das Geld müßte Diener und nicht Herr der Wirtschaft sein — ein Grundgesetz, dessen sich die Reichsbank stets bewußt war — auf der anderen Seite aber unrichtigerweise mit Hilfe dieses Geldes die Wirtschaft regulieren will. Geldkapital ist kein beliebiger vermehrbarer Papierleihen, sondern das Ergebnis von Arbeit und Sparen. Darum kommt es nicht auf die Notenpresse an, sondern allein auf Arbeit und Sparen.

Man kann auch nicht mit einem einzigen Federstrich die Wirtschaftsgeschichte einiger Jahrhunderte auslösen, und man kann ebensowenig die Wirtschaftserfahrungen in Bausch und Bogen abtun wollen, die in der Vergangenheit gesammelt worden sind und die zu den wertvollsten Mitteln der Wirtschaft gehören.

Solches erfordert nur dem Realismus, der zwischen Reaktion und Tradition nicht zu unterscheiden weiß.

Wir haben heute an einer Wirtschaftskrise, die uns und unsere höchsten Ähren, nicht aber erreichen, wie die Wirtschaft der nächsten Generation aussehen wird. In solchen Zeiten hat es keinen Sinn, theoretische Wirtschaftsgedichte in den Ätzer hineinzubauen. Es gibt in der Wirtschaftsgeschichte nur einen einzigen Fall, in dem man versucht hat, eine Wirtschaft nach einem vorher konstruierten Plan zu gestalten. Das ist die Wirtschaft Sowjetrußlands, ein Vorbild, das mit keinem Leidenfeld wertvoller Menschenleben wahrlich nicht zur Nachahmung reizt.

Der Nationalsozialismus erkennt nur Tatsachen an, aber keine Pläne. Nur in jeder praktischen Arbeit im nationalsozialistischen Geiste werden wir uns die Wirtschaftsform der Zukunft erringen.

Wir werden uns bei diesem mühevollen Werk nicht von vagen Theorien leiten lassen, sondern einzig und allein vom praktischen Lebensinteresse unseres Volkes. Die Wirtschaft der Zukunft wird weder eine freie Wirtschaft, noch eine Planwirtschaft, ganz gewiß aber keine theoretische, bürokratische oder utopische Wirtschaft sein, sondern einzig und allein ein gesundes, lebensfähiges im deutschen Volkstum verwurzeltes, von Leistungsdrang befehltes Arbeiten. Dieses Ideal kann nicht von ein paar führenden Köpfen allein, sondern muß von der Gesamtheit aller wirtschaftlich Arbeitenden errungen werden.

An der Reichsbank herrscht der Geist der Betriebsgemeinschaft. Es ist nationalsozialistischer Geist, auch wenn wir nicht alle das Parteiziel tragen. Unsere Devisenbilanz muß zur Sicherung der Währungsstabilität um jeden Preis im Gleichgewicht gehalten werden. Dieses Gleichgewicht zwischen Einfuhr und Ausfuhr wird gewaltig erzwungen; die Opfer, die darauf durch Auflösung der Einfuhr der Wirtschaft auferlegt werden müssen, sind bekannt. Viele Deutschland durch die Folgen des Versailles Diktats aufgezungenen Eingriffe in den Wirtschaftsaufbau haben zur Ausbildung eines verwilderten Reges von Überwachungs- und Kontrollstellen, insbesondere auf dem Gebiete der Devisenbewirtschaftung, geführt.

Dr. Schacht schloß seine Rede mit einem dreifachen Siegel auf den Führer und Reichstanzler.

Generaloberst von Kluck †.

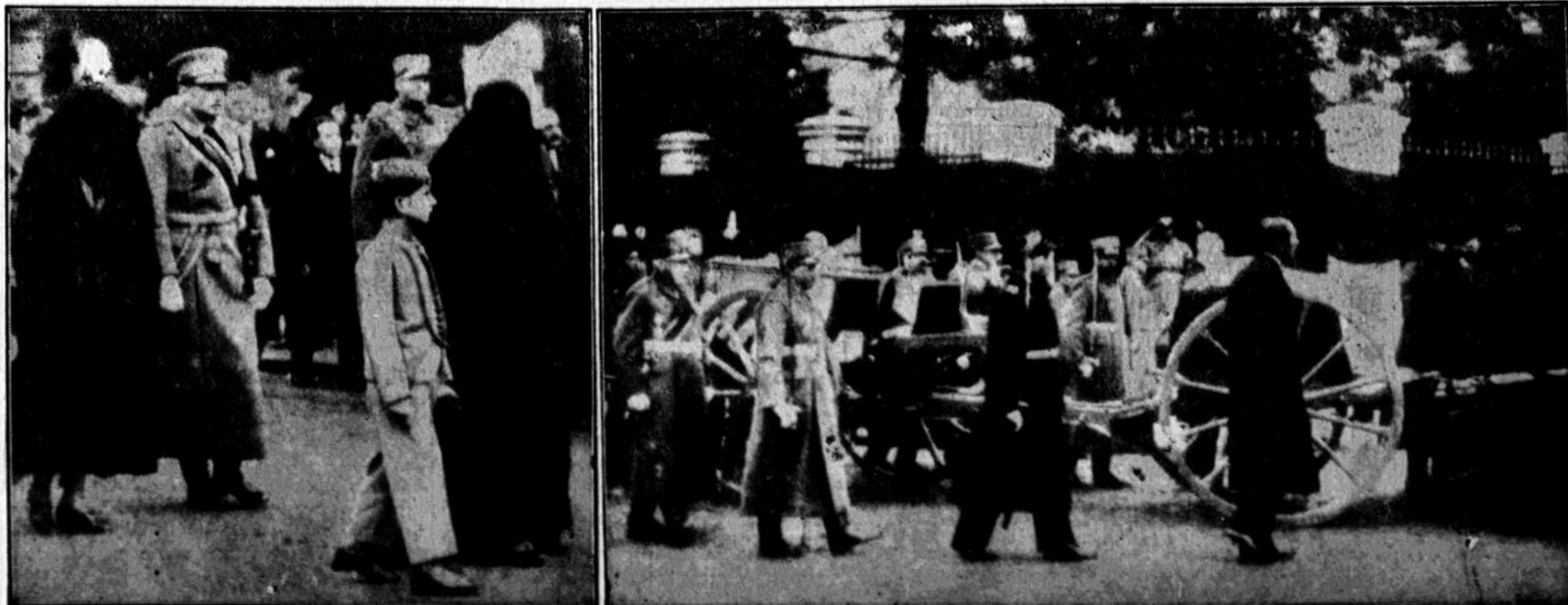
DNB Berlin, 19. Oktober.

Der bekannte deutsche Heerführer aus dem Weltkriege, Generaloberst a. D. von Kluck, ist am heutigen Freitag um 17 Uhr in seiner Privatwohnung in Berlin-Grünwald im Alter von 88 Jahren gestorben.



Generaloberst v. Kluck gehörte zu den wenigen höheren Offizieren des alten Heeres, die nicht durch die Schule des Generalstabes gegangen waren und doch zur Führung einer Armee im Weltkriege berufen wurden. In Kluck bestärkte sich das bekannte Wort von Schlieffens, daß man zum Feldherrn geboren und vorbestimmt sei.

Der Name des alten Truppenoffiziers Kluck, der seine militärischen Anlagen nur in der Schule der Front erweitert und ausgebildet hat, ist untrennbar mit den Taten der 1. Armee im Weltkriege verknüpft. Der Stolz der Offiziere und Mannschaften, die unter seiner Führung den Weltkrieg mitgemacht haben, gilt der Zugehörigkeit zu der rechten Flügelsarmee der deutschen Heeresfront im Westen, die in ungeheuren Märschen auf Paris zuerst die Belgier, dann die Engländer und schließlich die Franzosen besiegte hat. Bei Gemappes, Frameries und Mons schlug Kluck Engländer und Franzosen vereint in den Tagen vom 23.—25. August 1914, wenige Tage darauf die Engländer bei St. Quentin. Wieder wenige Tage später „streifen Reiter der Armee von Kluck vor Paris“, wie es im amtlichen Bericht lautet. Dann kam die Marne Schlacht. In ihr verhinderte die Armee Kluck in erbitterten Kämpfen am Durg die von der Pariser Ausfallarmee des General Gallieni versuchte Umfassung der rechten, vorgepressten Flanke des deutschen Feldheeres. Erst die Beweglichkeit des Armeeführers und der Geist seiner unvergleichlichen Truppen haben gemeinsam aus einer drohenden Umfassung durch einen überraschend auftretenden Feind die Lage in der Zeit vom 6. bis 9. September 1914 so zu wandeln gewußt, daß dieser Feind selbst umfaßt war und vor einer vernichtenden Niederlage stand, als die Oberste Heeresleitung, nicht vertraut mit der wirklichen Lage, eingriff und den Rückzug befahl. Wenn General Groener in seiner Studie „Der Feldherr wider Willen“, in der er die entscheidenden Marne Tage unter die kritische Lupe genommen hat, die Meinung vertritt, Generaloberst von Kluck hätte am 9. September den Rückzugsbefehl der Obersten Heeresleitung, der ihm vom Oberleutnant Gentsch überbracht wurde, nicht ausführen, sondern die Marne Schlacht durchkämpfen und durch einen Funkspruch an die übrigen Armeen die Führung der Schlacht unter Ausschaltung der Obersten Heeresleitung an sich reißen sollen, so ist dazu zu sagen, daß für einen solchen Entschluß, der die Auffündigung des Gehorsams gegen den verantwortlichen Leiter der Operationen und eine Auflehnung gegen den Obersten Kriegsherrn bedeutet



Die ersten Bildteile-
gramme von der
Beisetzung des
Königs Alexander
in Belgrad.

Links: Die Königinwitwe
Maria mit dem jungen
König Peter im Trauer-
zuge. Rechts: Die La-
fette, auf der der Sarg
des Königs von dem
Schloß nach der Katho-
drale übergeführt wurde.

Gesetz, Rechtspflege und Richter im einheitlichen Staat.

Reden des Reichsjustizministers Dr. Gürtner und des Staatssekretärs Dr. Freisler.

100 Jahr-Feier des Oberlandesgerichtes Kiel.

DNB Kiel, 18. Oktober.

Das Oberlandesgericht Kiel beging am Donnerstag seine 100 Jahr-Feier mit einem Festakt in der Aula der Kieler Universität, die durch eine Rede des Reichsjustizministers Dr. Gürtner, ihre besondere Note erhielt. Er führte darin über das Thema „Einheitliche Justiz im einheitlichen Reich“ u. a. aus:

Der Führer und Kanzler war es, der das grandiose Kriegserlebnis nicht nur zur vollstehenden Idee, sondern nach etwa 14-jährigem Kampfe zur wirklichen Tat gemacht hat. So haben wir es nach Kriegsende und -not erleben dürfen, daß ein Mann das deutsche Volk zu neuem Leben erweckte.

Daß eine derartige Umwälzung, wie wir sie erlebt haben, auch an die Grundlagen des Rechts rütteln muß, ist unabweisbar. Auch dazu hat der Führer bereits sein Befehlswort abgegeben: Nicht das Individuum kann Gegenstand gesellschaftlicher Sorge sein, sondern das Volk. Die Rechtsordnung kann nicht den Lebensbezug eines einzelnen abgrenzen und zu schützen versuchen, sondern das Recht kann nur geschaffen und verstanden werden als die Ausdrucksform des Lebens des Volkes. Und wenn der einzelne nur seine Bedeutung als Genosse des Volkes hat und haben kann, so kann auch das Recht keine Grundlage nur haben in den Lebensrechten der Gemeinschaft. Die praktischen Folgerungen daraus sind ganz einfach zu ziehen. Die Rechtslehre ist kein Unterrecht in den Kampfgesetzen, mit denen man die Interessen des Lebens ausfüllt, sondern ein Bestandteil, eine Anschauung. Die Erziehung des juristischen Nachwuchses bewirkt nicht die Vermittlung rein formeller Technik oder Kunstfertigkeit, sondern auch hier gilt es, eine Erziehung des Richters nicht in dem luftleeren, abstrakten Raum der Abstraktion und der mechanischen Handhabung von Gesetzen zu erreichen, sondern die Heranbildung von Menschen, deren rechtswirksame Tätigkeit in seiner Stunde etwas

anderes ist wie das Befehlswort zu dem großen Glaubenssatz, den ich als die Grundlage der Gesamthaltung des Volkes bezeichnen habe. In gleicher Weise hat der Geist der neuen Zeit in die Rechtspflege Eingang gefunden. Er wird sie immer mehr erfüllen, ohne daß auch nur ein Buchstabe des Gesetzes geändert würde. Der gleiche Geist offenbart sich auch in der gesetzgeberischen Arbeit des neuen Staates, wie beispielsweise in dem Gesetz zur Bekämpfung der Gewohnheitsverbrechen, des Hoch- und Landesvertrages und der Korruptionsverbrechen.

Die Aufgabe, die Formen des Reiches und den Apparat, den der Staat gebraucht, um Recht und Gesetz zu führen, zu vereinheitlichen stellt nur einen Teilausschnitt aus dem ganz großen Gebiet der Neugestaltung des Reiches überhaupt dar. Die Herbeiführung dieses Zieles ist heute keine politische Frage mehr und keine Frage der Zweckmäßigkeit, sondern sie ist die nächste Folgerung aus dem großen Gedanken des Führertums. Wo die Grundlagen des gesamten öffentlichen Lebens innerlich eins geworden sind, müssen die äußeren Formen dieser Entwicklung folgen.

Im einstündigen Vortrag gab Johann Rechtsanwalt Dr. Röhler (Kiel) einen Überblick über die wechselvolle Geschichte des Oberlandesgerichtes Kiel.

Anschließend sprach Staatssekretär Staatsrat Dr. Freisler über „Richter, Gesetz und Recht und Gesetz“.

In dieser Rede erläuterte er u. a. den Begriff der Volksherrschaft. Er betonte, die nationalsozialistische Idee der Volksherrschaft ist dahin klargestellt, daß die Volksherrschaft und Führerschaft sich ausnahmslos auf alle Organe der Volksherrschaft und alle Tätigkeit dieser Organe erstreckt. Der nationalsozialistische Staat, der auf der Volksherrschaft beruht, bezieht seine Durchführungs- und Führerfunktion auf die Persönlichkeit mit dem zur Erfüllung der ihnen überwiegenen Aufgaben notwendigen Vertrauen. Die Aufgabe der Organe besteht nun einzig und allein in der treuen Erfüllung der ihnen zugewiesenen Pflichten. Das ist die Grundlage der nationalsozialistischen Volksherrschaft und muß auch für den deutschen Richter Grundlage seiner Berufstätigkeit bedeuten. Er habe sein

ganzes Handeln einzustellen auf die Grundanschauung vom Verbundensein des einzelnen mit der Volksgemeinschaft, wie sie Gemeingut des deutschen Volkes geworden sei. Für den Richter müsse bei der Rechtsprechung das zentrale sittliche Postulat unserer Grundanschauung und damit zugleich auch die materielle Gerechtigkeit im Mittelpunkt seiner Betrachtungen stehen. Er müsse sich stets bewußt sein, daß er die Aufgabe eines Organs der Volksherrschaft zu erfüllen habe. Kein Organ habe aber das Recht zur Kontrolle der Führung. Die Aufgabe jedes Organs und somit auch die der Rechtspflege sei Treue und Gehorsam. Die Führung des Volkes ihrerseits habe die Aufgabe, ihren

Organen klare Erkenntnisinstrumente des Willens der Volksherrschaft zur Verfügung zu stellen. Ausdrucksform des Willens des Volkes und damit auch des Sehens des Volkes nach materieller Gerechtigkeit bilden die nationalsozialistischen Gesetze, an die der Richter gebunden ist und wodurch seine Aufgabe klar und deutlich gesteckt sei. Um diese Aufgabe reiflos erfüllen zu können, müsse der Richter innerlich Bestandteil des Volkes werden, um bei der Rechtsauslegung und Rechtsanwendung im Sinne der nationalsozialistischen Grundanschauung verfahren zu können. Das Deutschland, und das Fort-Wessel-Lied schloßen den eindrucksvollen Festakt.

Göring bei der Beisetzung in Belgrad.



Unter Bild zeigt den Ministerpräsidenten Göring (links) mit einer Reihe anderer Vertreter im Trauerganze. Rechts sieht man den französischen Marschall Petain.

Ein Status-quo-Saargebiet ein Unruheherd für Europa.

Saarbevollmächtigter Bürckel zur Abstimmung.

DNB, Kaiserslautern, 19. Oktober.

Auf einer großen Saarfragestunde hielt hier der Saarbevollmächtigte der Reichsregierung Bürckel eine eindrucksvolle Rede, die von den Anwesenden mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde.

Die Überlegungen Doumergues, so sagt Bürckel u. a., geben uns die Hoffnung, daß ein ehrlicher Friedenswille zweier großer Nationen und Völker endlich zur Grundlage einer anständigen und ehrenvollen Verständigung wird. Jeder gibt es im Hinblick auf die Saarfrage noch sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich.

Mit einem Schlußwort über das Saarproblem aufgeführt haben, ein Hindernis der Verständigung zu sein, wenn die Grundzüge des französischen Ministerpräsidenten, die in einem eindeutig feststellbaren Gegensatz zu der französischen Saarpolitik stehen, zur Grundlage der französischen Saarpolitik gemacht werden.

Der Redner wandte sich dann mit Nachdruck gegen die Verleugung der französischen Saarpolitik, durch Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten die Saarabstimmungen so zu beeinflussen, wie es allein im Interesse der Status-quo-Anhänger liege.

Seit dem ersten Tage jener Verhandlungen in Versailles, bei denen das Saarproblem von der französischen Friedensdelegation in die Debatte geworfen wurde, habe es nur zwei Standpunkte in dieser Frage gegeben, den deutschen und den französischen. Inzwischen hatte die französische Politik es für richtig gehalten, die innerpolitische Entwicklung Deutschlands dazu zu benutzen, ihrer Saarpolitik eine andere Richtung zu geben, d. h. die französische Propaganda und Diplomatie unternimmt den Versuch, mit Hilfe einer deutschen Regierungsoption an der Saar eine Scheinminderheit aufzutreten zu lassen, die die selbstverständliche Rückgliederung verhindern soll. Diese Methode, unterstrich Bürckel, steht in unauflöslichem Gegensatz zu den letzten Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten, sie bedeutet nicht nur eine Beeinflussung der Abstimmung, sondern eine unabweisbare Einmischung in rein innerpolitische und innerdeutsche Angelegenheiten.

Bürckel sagte sich dann eingehend mit den Anhängern des Status quo auseinander, die nicht gegen Deutschland, sondern gegen die deutsche Regierung kämpfen, also den Sinn der Abstimmung verflachen, indem sie die Saarabstimmung zu einer Abstimmung über das gegenwärtige deutsche Regierungssystem machen. Die Sinnwidrigkeit dieser Status quo-Deutung wird, betonte der Redner, von Tag zu Tag durchsichtiger.

Um von ihren Anhängern überhaupt noch ernst genommen zu werden, verlangen die Status quo-Anhänger eine sogenannte zweite Abstimmung. Eine zweite Abstimmung aber widerspricht dem Vertrag, widerspricht im Grunde sogar den französischen Absichten und wird niemals möglich sein.

Niemals war es die Absicht der Versailler Konferenz, die Zukunft des Saargebietes von der zufälligen innerpolitischen Situation in Deutschland oder in Frankreich abhängig zu machen. Deutschland erwartet deshalb vom Völkerverbund eine eindeutige Klarstellung des Status quo. Eine Klarstellung, die jede Verdrängung der Fragestellung auf ein innerpolitisches Geis ausschließt und die gleichzeitig jedem Abstimmernden zur Kenntnis bringt, daß diese Abstimmung ein für

allezeit endgültig ist, weil eine zweite Abstimmung gegen den Verfall der Vertrag und theoretisch eine unendliche Kette von Abstimmungen zur Folge haben müßte.

Ein Status quo-Saargebiet, betonte Gauleiter Bürckel mit Nachdruck, ist nicht nur das Hindernis für eine deutsch-französische Verständigung, es wäre nicht zuletzt ein ständiger Gefahrenherd für die nationalsozialistische Einheit der französischen Nation selbst. Anhänger des Status quo sind in der Hauptsache die aus Deutschland ausgewanderten Marxisten und die kommunistischen Anführer. Sie erheben ein Aktionszentrum im Herzen Europas! Sie erheben ein sicheres Ziel, von dem aus sie die beiden Nachbarvölker mit ihren internationalen kommunistischen Propaganda- und Verschwörungsplänen, ein Status quo-Saargebiet, das wäre nicht der Sieg Frankreichs über Deutschland, das wäre der Sieg des internationalen Bolschewismus über alle europäischen Staaten, die als völkische und nationale Einheiten im Internationalismus der Kommunisten den Todfeind ihrer Staatsverträge sehen.

Gauleiter Bürckel sagte sich dann ausführlich mit den Trägern des Status quo-Gedankens im Saargebiet auseinander. Sie bestanden, so führte er aus, aus zwei Gruppen:

Als den marginalisierten Selbsthänden, die geführt werden von den letzten Spekulationen der Propaganda des Marxismus, die ihr eigenes Gewissen oder in den meisten Fällen das Gewissen des Staatsanwalts zu Emigranten werden ließ. Als einer Handvoll Menschen, die Deutschland ihr Befehlswort verweigern aus angeblich konfessionell-religiöser Sorge.

Um die Emigranten belagerte Ausländer fragen immer wieder, was nach der Rückgliederung aus den Emigranten würde, die sich im Saargebiet aufhielten. Darauf gibt es nur die eine Antwort: Wir würden unsern deutschen Saarpol nach 14-jähriger Trennung keinen Tag länger die Landplage der Geinungslosigkeit. Wir werden dafür sorgen, daß diese Menschen keine Möglichkeit haben, auf deutschem Boden die Führer fremder Staaten oder die des eigenen Landes meuchlings niederzufallen, um so einen Weltbrand legen zu können. Und schließlich: Alle Emigranten und erst recht die Summe ihrer Hege und Verleumdungen gegen Deutschland machen diese Leute für uns nicht so wertvoll, als daß wir ihnen wegen auch nur die feinsten Verfehlungen in einer friedlichen Entwicklung aufkommen lassen.

Gauleiter Bürckel sprach dann über die, die ihren Einfluß für den Status quo konfessionell motivieren. Er wies auf die Zeit hin, in der die Gottesdienstverbände die deutschen Hauptstädte durchzogen, in der in Theatern und Kinos alles in den Rot getaucht wurde, was den Menschen heilig ist. Am Ende jener Entwicklung hätten brennende Kirchen und Klöster gestanden. Seit der Führer regiert, sind diese Dinge vorbei. Damals erhob sich im Saargebiet keine Stimme, die erklärte: zu diesem Deutschland wollen wir nicht.

Das Befehlswort zu seinem Volkstum gehört auch zur Religion. Der Schöpfer hat dem Deutschen sein eigenes Blut gegeben und ihm als göttlichen Willen die Erhaltung des Volkes zur Pflicht gemacht.

Gauleiter Bürckel schloß: Die Saarabstimmung wird zum Rechenschaftsbericht an die Geschichte über die Qualität unseres Volkes. Wer seinen deutschen Brüdern Ratt mit „Deutschland“ mit „Frei-Saar“ antwortet, der möge es vor seinen Kindern und seinem Gewissen verantworten. Die Fronten stehen klar: Hier Deutsche und dort Nicht-Deutsche, die aber auch keine Franzosen sind, sondern jene entwürzelten Teile, die um die 30 Silberlinge lag schlugen. Drunten im Schacht aber liegt mit der Grubenlampe in der Hand einer, der trägt noch jenen alten Soldatengürtel, auf dem steht „Gott mit uns! In Treue fest!“ Und das ist unser Deutschland.

Der König-Albert-Kanal.

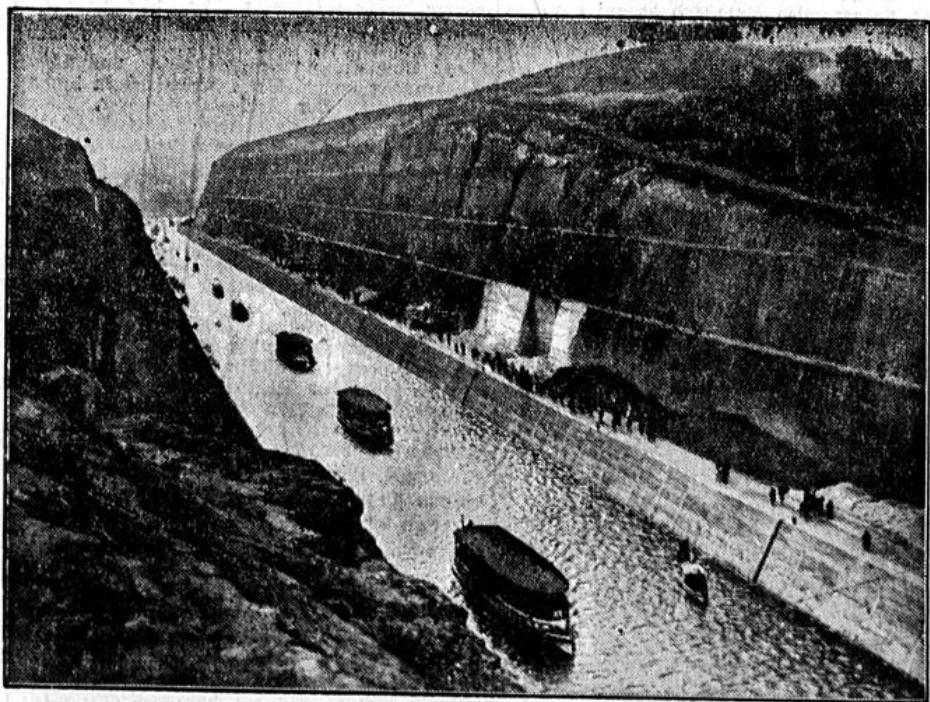
Die Schiffsverbindung Lüttich-Antwerpen.

Belgien feiert den Erfolg seiner Technik. Mit großen materiellen Opfern ist er erzungen, sind die enormen technischen Schwierigkeiten überwunden worden — das schwierigste Teilstück des großen König-Albert-Kanals, der Antwerpen mit Lüttich verbinden wird, ist fertiggestellt. Nach 7-jähriger, mit Entschlossenheit und unermüdlicher Energie durchgeführter Arbeit ist der Kanalabschnitt von Lanaye bis Lanaken gebaut worden. Das Königspaar hat an der Schlußfeier von Petit Lanaye das erste Kanalschiff dem Verkehr übergeben.

Werden die wirtschaftlichen Vorteile des neuen Wasserweges die gewaltigen Kosten aufwiegen? Die Be-

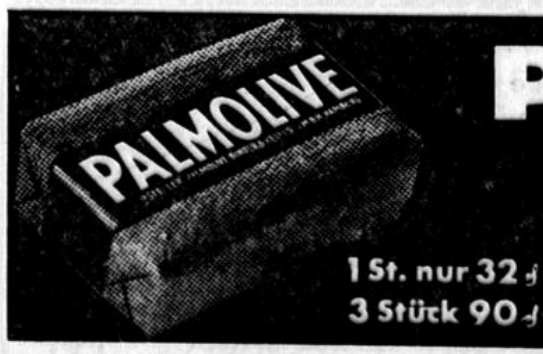
der Lösung Belgiens von Holland im Jahre 1832 ist der Mangel einer eigenen, vom Ausland unabhängigen Wasser Verbindung von Belgien stets schwer empfunden worden.

Der König-Albert-Kanal soll der belgischen Binnen-schifffahrt aber noch aus einem anderen Grunde einen erheblichen Vorteil gegenüber Holland verschaffen. Um die Strecke Lüttich-Antwerpen auf möglichst geradem Wege zurückzulegen, haben die Ingenieure sich nicht davor scheut ganze Bergzüge unter ungeheuren Kosten zu durchstechen. Sie haben damit erreicht, daß die Verbindung Lüttich-Antwerpen um 165 km kürzer sein wird als die von Lüttich nach dem holländischen Hafen Rotterdam. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß ein ansehnlicher Anteil der Transporte, die bisher nach Rotterdam gegangen sind, in Zukunft nach Antwerpen abgelenkt wird.



deutung des Albert-Kanals ist nicht nur eine wirtschaftliche. Er schafft endlich die stets vermehrte direkte Verbindung zwischen dem Kohlenrevier und dem Seehafen Antwerpen und er führt ausschließlich durch belgisches Gebiet. Die letztere Tatsache ist es, die dem Kanalprojekt so starkes Interesse in allen Teilen des belgischen Volkes und die tatkräftige Förderung durch den König verschafft hat. Bisher war der Campine-Kanal der einzige Wasserweg von Lüttich nach Antwerpen und die belgischen Kohlenminer mußten, seinem Lauf folgend, holländisches Gebiet berühren. Seit

Rechnet man zu diesen wirtschaftlichen Erwägungen noch hinzu, daß man in Belgien dem König-Albert-Kanal eine bedeutende strategische Bedeutung beimißt, dann ist es zu verstehen, daß die Fertigstellung des schwierigsten Kanalabschnitts von allen Teilen der Bevölkerung als ein Erfolg von geschichtlicher Tragweite gewürdigt wurde. Die technische Leistung findet jedenfalls bei den Sachkennern der ganzen Welt größte Bewunderung. (Auf unserm Bilde sieht man die Schiffe mit den Ehrengeleiten, die als erste durch den fertiggestellten Kanalabschnitt fahren.)



PALMOLIVE-SEIFE

Mehr als Seife
ein Schönheitsmittel

Hersteller: Palmolive-Binder & Ketels G. m. b. H., Hamburg

wenn Sie täglich zweimal den reichen Palmolive-Schaum in die Haut massieren und ihn erst mit warmem, dann mit kaltem Wasser abspülen.

Die Bürgersteuer für 1935.

Abbau für Minderbemittelte und Kinderreiche.

DNB Berlin, 19. Okt.

Im Reichsgesetzblatt werden nacheinander die am 18. Oktober beschlossenen neuen Steuer Gesetze veröffentlicht.

Das Reichsgesetzblatt vom 18. Oktober enthält das neue Bürgersteuergesetz, das vom 1. Januar 1935 ab Geltung hat. Danach sind von der Bürgersteuer alle Personen befreit, die Arbeitslosenunterstützung, laufende öffentliche Fürsorge oder eine Zulagenbeziehung und deren Einkünfte nicht mehr als 180 v. H. des Betrages übersteigen, der dem allgemeinen Fürsorgegesetz entspricht.

Für die Bemessung der Bürgersteuer gelten folgende Steuergrundbeträge (Reichssätze):

3 RM für Steuerpflichtige, die einkommensteuerfrei gewesen sind.
6 RM von einem Einkommen bis zu 4.500 RM.
9 RM bei Einkommen von 4.500 RM bis 6.000 RM.
12 RM bei Einkommen von 6.000 RM bis 8.000 RM.
18 RM bei Einkommen von 8.000 RM bis 12.000 RM.
24 RM bei Einkommen von 12.000 RM bis 16.000 RM.
30 RM bei Einkommen von 16.000 RM bis 20.000 RM.
50 RM bei Einkommen von 20.000 RM bis 25.000 RM.
75 RM bei Einkommen von 25.000 RM bis 50.000 RM.
150 RM bei Einkommen von 50.000 RM bis 75.000 RM.
300 RM bei Einkommen von 75.000 RM bis 100.000 RM.
500 RM bei Einkommen von 100.000 RM bis 250.000 RM.
1.000 RM bei Einkommen von 250.000 RM bis 500.000 RM.
2.000 RM bei Einkommen von mehr als 500.000 RM.

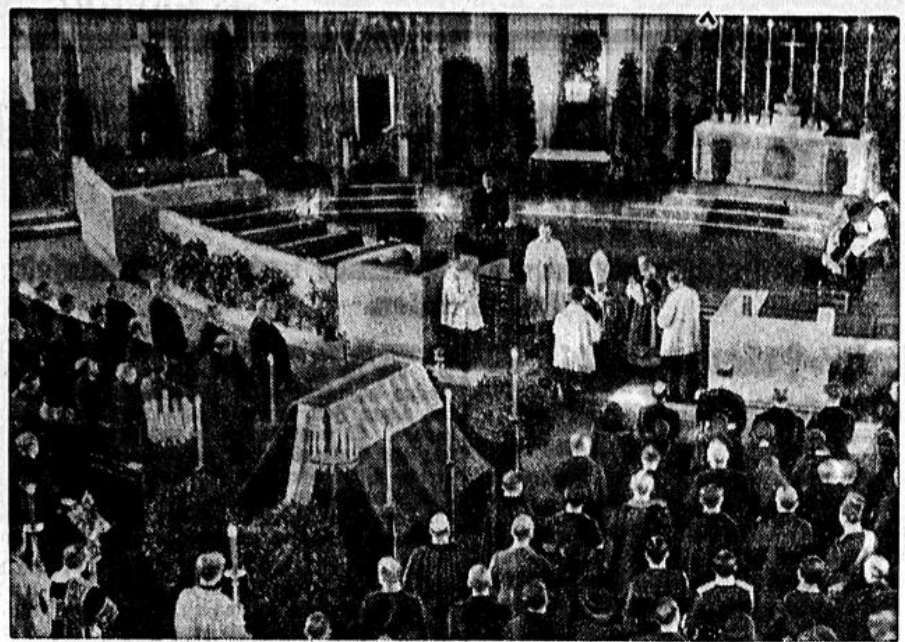
Der Reichssatz ermäßigt sich bei Steuerpflichtigen, zu deren Haushalt mindestens zwei minderjährige Kinder gehören:

um je 2 RM, für das zweite und jedes folgende minderjährige Kind, wenn das Einkommen des Steuerpflichtigen nicht mehr als 2400 RM beträgt,

um je 1 RM, für das zweite und dritte minderjährige Kind und um je 2 RM, für das vierte und jedes folgende minderjährige Kind, wenn das Einkommen des Steuerpflichtigen mehr als 2400 RM, jedoch nicht mehr als 12.000 RM beträgt.

★

Die Reichssätze sind bekanntlich die Grundlage für die Festsetzung der Bürgersteuer in den Kommunen, die je nach ihrer finanzielle Lage ein Mehr- oder Weniger der Reichssätze, z. B. in zahlreichen Gemeinden Rheinlands und Westfalens das Fünftel oder Sechstel, erheben. Die Bürgersteuer wird nach dem neuen für 1935 geltenden Gesetz für Steuerpflichtige mit mehreren Kindern, sofern es bei den alten Verhältnissen der Reichssätze bleibt, was wohl als sicher gelten kann, fähig gesenkt werden. Hat z. B. ein Steuerpflichtiger mit einem Einkommen von 3000 RM drei minderjährige Kinder, so zahlte er in diesem Jahre in Gemeinden, die 500 Prozent Bürgersteuer erheben, 120 RM, im kommenden Jahre dagegen bei einem Reichssatz von 18 RM, vermindert um je 1 RM für das zweite und dritte minderjährige Kind, 5 x 18 = 90 RM. Die Steuerentlastung beträgt in diesem Falle also 33 1/3 Prozent. Bemerkenswert ist, daß bei den Steuerpflichtigen mit Einkommen bis zu 2400 RM die Ermäßigung für das zweite und jedes folgende Kind doppelt so hoch ist wie bei den Einkommen über 2400 bis 12.000 RM. Ein Steuerpflichtiger mit drei minderjährigen Kindern und einem Einkommen bis zu 2400 RM wird daher in Gemeinden, die 500 Prozent Bürgersteuer erheben, nur noch 10 RM im ganzen Jahre zu zahlen haben; hat er vier minderjährige Kinder, so wird er steuerfrei. Die Rücksichtnahme auf die Familie, die eine der leitenden Grundzüge unserer heutigen Steuerpolitik darstellt, wirkt sich somit auch bei der Bürgersteuer in erfreulichster Weise aus. Nicht minder sozial gedacht ist die Bevorzugung der Kinderreichen mit kleinem Einkommen.



Trauerfeier für Barthou in Berlin.

In der St. Hedwigs-Kathedrale in Berlin fand am Donnerstag ein feierliches Requiem für den französischen Außenminister Barthou statt, das von dem päpstlichen Nuntius Ezzeleus Orsenigo geleitet wurde. In dem Gottesdienst nahmen außer dem diplomatischen Korps Staatssekretär Dr. Weizsäcker als Vertreter des Führers (links im Altarraum) und der französische Botschafter Francois-Poncet (rechts im Altarraum) teil.

Flüssige und gasförmige Treibstoffe aus Steinkohle.

WHD Essen, 19. Oktober.

Der zweite Tag der 6. Technischen Tagung des Vereins für die bergbaulichen Interessen in Essen fand im Zeichen der Förderung der flüssigen und gasförmigen Treibstoffgewinnung aus Steinkohle sowie der Verwendung von Teer zum Straßenbau. Zunächst behandelte Dr. Broche, Essen, das Thema „Flüssige Treibstoffe aus Steinkohle im Rahmen des Kraftstoffbedarfes der deutschen Kraftwirtschaft“. Genau so, wie sich die Kraftwirtschaft der einzelnen Länder in der Art ihres Energiemittelbedarfes nach dem Charakter der landes eigenen Bodenschätze richtet, mußte sich auch die Verkehrswirtschaft in den einzelnen Ländern nach der naturgegebenen Energie-Rohstoff-Grundlage richten und mithin die Motorisierung in zonenmäßig unterschiedlicher, jeweils grundförmiger Weise durchgeführt werden. Es fanden heute Möglichkeiten der Brennstoffe, Schwefelkohlenstoff, u. dgl., für motorischen Antrieb zu verwenden. So wurde, während in den älteren Ländern die technische Durchführung der Motorisierung unter Verwendung von Ölen ein sehr einheitliches Bild zeigte, die technische und energiewirtschaftliche Struktur der Motorisierung Deutschlands eine wesentlich vielgestaltigere sein, da flüssige und gasförmige Brennstoffe nach Maßgabe ihres Abbaues Träger der Verkehrswirtschaft sein müßten. — Nach wie vor seien flüssige Brennstoffe zur Betriebung des Bedarfs der vorhandenen Motoren und auch künftig flüssiger Brennstoffe sowie als irgend möglich bei der gegebenen Kohleverarbeitung zu gewinnen, wobei künstliche Öle durch Hydrierung der Kohle nach der A. G. mittels der Gas-Synthese nach Franz Fischer wertvolle Bereicherung brächten. Es komme darauf an, in engerer Anknüpfung aneinander Energieerzeuger und Energieverzehrer derart zu formen, daß in den Grundzügen der Brennstoffbedarf nach Art, Menge und Preiswürdigkeit im eigenen Lande seine beste Deckung finde.

Sodann sprach Oberingenieur Dipl.-Ing. Trandner, Essen, über „Die neueste Entwicklung in der Verwendung gasförmiger Treibstoffe“. Der Redner wies einleitend darauf hin, daß der Erfolg flüssiger Treibstoffe durch Treibgas technisch gelöst sei. Es sei heute möglich, jeden Vergasermotor auf Treibgas umzustellen, ohne daß die Leistung des Motors

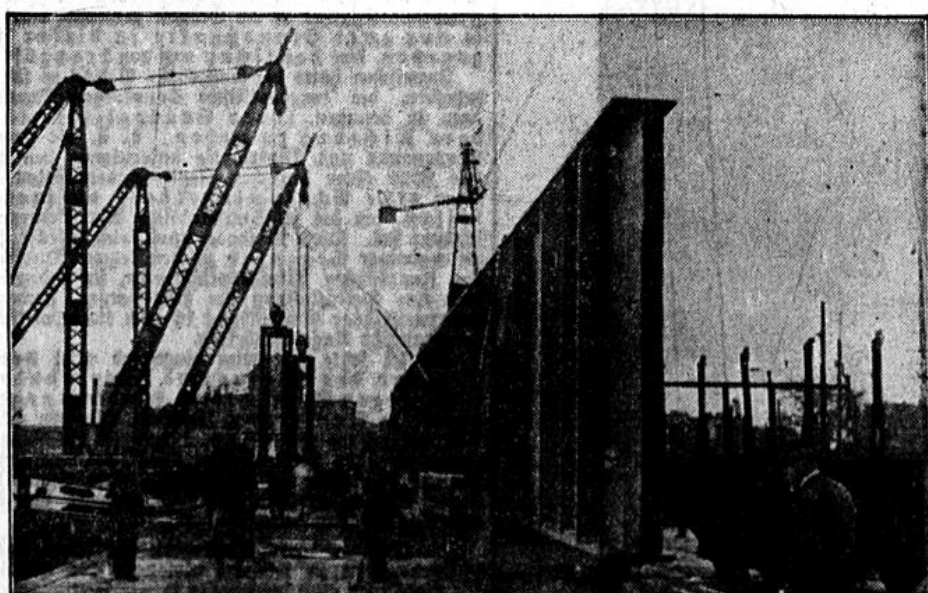
sich verringere. Die in Deutschland erzeugbaren Mengen an Ruhgasöl und Methan könnten eine Menge von ca. 40.000 T. Benzin ergeben; die bei der Erdölfraktionierung und Kohlehydrierung anfallenden Gasarten entsprächen etwa 35.000 T. Für die Verwendung der Treibgase mit geringem Heizwert kämen infolge des hohen Heizwertes nur Lastwagen und Autobusse in Frage, während mit Butan, Propan und Ruhgasöl auch Personenzüge betrieben werden könnten. Bisher habe der Treibgasbetrieb nur örtliche Bedeutung erlangen können. Dies liege in erster Linie an den hohen Kosten für den Eisenbahntransport. Es wäre daher zu wünschen, daß für Treibgas hier eine wesentliche Erleichterung geschaffen würde, zumal es sich im wesentlichen um Zulieferungen handle. Alle Treibgas erzeuger des Steinkohlenbergbaues werden vom Benzol-Verband in Völs am Rande vertreten. Hier seien auch die grundlegenden Versuche durchgeführt worden, jedoch mit der praktischen Arbeit begonnen werden könne. Mit einer Reihe von Fahrzeugaltern und Verkehrsgesellschaften wurden bereits Verhandlungen aufgenommen. Zur Zeit werde die Umstellung von Probewagen durchgeführt, die schon in den nächsten Wochen in Verkehr gesetzt werden sollten.

Heute und morgen!

Fördert das Volk das Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Die Vorbereitungen für die Straßen- und Haus- sammlung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge sind in umfänglicher Weise durchgeführt. Von allen Seiten ist dem Volksbund Förderung und Unterstützung seiner Sammlung zuteil geworden. Der Reichsminister des Innern und der Preussische Minister des Innern haben gestattet, daß am Samstag, dem 20. Oktober innerhalb der Behörden und der Polizei im ganzen Reich gesammelt wird. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda hat seine Landesstellenleiter angewiesen, den Volksbund bei Durchführung seiner Sammlung weitgehend zu unterstützen. Alle Gliederungen der NSDAP haben sich in den Dienst der Sache gestellt. Der Reichsarbeitsführer, Staatssekretär Dietrich, und der Stabsleiter Staatsrat Dr. Lehmann haben Sammlungen innerhalb der Arbeitsdienstlager bzw. der Betriebe genehmigt. Der Reichsführer der NSDAP, Dr. v. Goebbels, hat gestattet, daß das Sammlungsplakat des Volksbundes überall gezeigt werden darf. Weiterhin haben nachstehende Führer ihren Gliederungen die Unterstützung der Sammlung zur Pflicht gemacht und Sammler zur Verfügung gestellt: Der Chef des Stabes der SA, der Korpsführer des NSKK, Obergruppenführer Hühnlein, der Bundesführer des Reichsringes der „Kampfbanner“ (SA-Referat II) Oberlandesführer Reinhardt, der Bundesführer des NS-Kampfbundes (Stahlhelm) Reichsminister Seidte, der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Gruppenführer Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, der Bundesführer der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener Frhr. von Lersner.

Es gilt, erneut Mittel zu sammeln, um allen unseren gefallenen Soldaten würdige Ruhestätten zu bereiten und Mahnmale zu bauen, die bis in späteste Jahrhunderte von ihrem Opfermut zeugen.



Der größte elektrisch geschweißte Brückenträger der Welt.

Für den Bau des Rügenbammes traf in Straßund einer der gewaltigen Brückenträger ein, die für die Straße Ziegelgraben — Dänholm zur Überführung des Wasserstraßenschnitts verwendet werden. Dieser Brückenträger ist 82 Meter lang und 3,80 Meter hoch; sein Gewicht beträgt 1600 Zentner. Es ist das erste Mal, daß ein solcher Eisen-träger aus einem Stück geschweißt wurde.

Grundsätzliche Probleme des nationalsozialistischen Wirtschaftsaufbaus.

Eine Rede des Wirtschaftsführers Graf von der Goltz.

DNB Berlin, 18. Oktober.

Auf dem Wochenrückblick der Berliner Gesellschaft der Deutschen Akademiker im Hotel Kaiserhof sprach Donnerstagmittag der kommissarische Führer des Gesamtverbandes der deutschen Wirtschaft, Staatsrat Dr. Graf von der Goltz, über grundsätzliche Probleme des nationalsozialistischen Wirtschaftsaufbaus. In seinen bemerkenswerten Ausführungen gab der Redner eine hervorragende kulturphilosophische Deutung der nationalsozialistischen Gemeinschaftsformen in der deutschen Wirtschaft.

Er warf einleitend die Frage auf, ob und wann der Staat in die Wirtschaft eingreifen dürfe. Es sei allgemein anerkannt, so betonte er, daß der Staat das Recht und die Pflicht habe, in gewissen Zeiten der Gefahr einzugreifen. Der Krieg habe weitgehend zu der Auffassung beigetragen, daß es nicht möglich sei, daß ein Volk für die Gemeinschaft herbe, aber nachher nicht der Gemeinschaft lebe. Es sei sinnlos, für einander zu sterben, um später gegen einander zu leben. Der Wille zur Gemeinschaft, der das ganze Dasein erfasse und für den das ganze Dasein geopfert werde, könne nicht vor einzelnen Lebensgeboten Halt machen. Die Wirtschaft sei in dieser Beziehung nicht ein Ding an sich, das nur zu einer Art materieller Berufsbefriedigung da sei und als eine mehr oder weniger materielle und technische Angelegenheit mit Weltanordnung nichts zu tun habe. Man könne nicht als Weltbild die Gemeinschaft verknüpfen, aber aus diesem Weltbild praktische Lebensarbeit der meisten Deutschen aufbauen. Die ganzen sozialen Aufgaben der letzten Jahre und Jahrzehnte seien als ein Ausdruck der allgemeinen Sehnsucht auf dem ganzen Erdball zu werten, als ein Ausdruck des Ringens und die Form einer Gemeinschaft. Es handle sich darum, die einzelnen Kräfte zu multiplizieren zu einer gesteigerten Gesamtleistung für die Gemeinschaft, nicht aber zu einer reinen Gleichmäherei. Unsere Lösung sei die Lösung des Ringens und des Glaubens an das Volk und seine Kraft. Der Nationalsozialismus sei befeuert von dem Willen, eine Gemeinschaft aufzubauen, in der jeder einzelne zu größtem Schaffen befreit werde und trotzdem im Ziel gebunden sei für diese Gemeinschaft.

Diese Lösung sei gebunden im Geiste zur Ordnung der nationalen Arbeit. Das Ziel dieses Geistes sei ein gemeinschaftliches Arbeiten des gesamten Betriebes vom Unternehmer bis zum Arbeiter dazwischen, daß sowohl der Unternehmer wie der letzte Arbeiter in seiner Schaffensfreude und damit in seiner Leistungsfähigkeit gesteigert werde. Der Arbeiter werde in keinen Rechten gekürzt durch den Staat, verkörpert durch den Treuhänder der Arbeit. Der Unternehmer werde geschützt in seiner Arbeitsfreude und Schaffenskraft vor jedem äußeren Eingriff in seinen Betrieb. Denn er könne für seine Betriebsführung nur verantwortlich gemacht werden, wenn er tatsächlich frei die Verantwortung trage. Damit sei die Schicksalsgemeinschaft in guten und bösen Zeiten geschaffen.

Der Redner kam dann auf die Ueberlegung dieser Grundgedanken in die Praxis der einheitlichen Wirtschaftspolitik zu sprechen. Für die Lenkung aller Wirtschaftswerte werde es für jede Regierung letzten Endes nützlich und vielleicht notwendig sein, einen Apparat zu besitzen, in dem die gesamten Berufswege ausschließlich

Kommen — sehen — und begeistert sein!

So geht's allen Verlobten und Möbelinteressenten, die uns besuchen. Nicht nur die Größe unserer Auswahl, auch die Schönheit unserer Möbel und die niedrigen Preise imponieren.

[5392]

Essen, am Rathaus

Möbelhaus Kramm

Auf der Ausstellung „Deutsche Arbeit im deutschen Westen“ haben wir in Halle VI sieben vorbildliche Wohnräume ausgestellt.

Aus Münster und dem Münsterland.

Der Führer und Reichstagsler an das Westf. Rote Kreuz.

Auf das gelegentlich der Jahreshauptversammlung des Provinzial-Männervereins Westfalen des Deutschen Roten Kreuzes am letzten Sonntag in Kassel eingelaufen sind, wie es schon vorher bekannt war, die Führer und Reichstagsler an das Westf. Rote Kreuz. Die beiden Herren, die dem Westf. Rote Kreuz als Leiter der Provinzial-Männervereins vom Roten Kreuz der Provinz Westfalen, Vizepräsidenten im Oberpräsidium Westf., mit folgendem Telegramm beantwortet:

„Der Führer und Reichstagsler hat mich beauftragt, den Teilnehmern am westfälischen Sanitätskongress in Kassel meinen Dank zu übermitteln für das Treuegebot. Der Führer sendet Ihnen seine Grüße.“

Sammlung für Kriegsgräberfürsorge vom 20. bis 21. Oktober.

Wahlkreismannschaft Ferdinand Edel teilt mit: Der Reichstagsminister hat im Einverständnis mit dem Herrn Kriegsgräberfürsorge am 20. und 21. Oktober Haus- und Straßensammlungen durchführen darf. Die Parteigenossen werden gebeten, dem Volksbund tatkräftige Unterstützung anzubieten zu lassen. Ein Sammeln in Uniform ist verboten.

„Gegen welchen Baum wollen Sie?“

Auf der Ankündigung steht: „Der Mann, der sich dem Gerichtsvollzieher an eine höchst merkwürdige Art und Weise entzieht. Mit seinen Gefährten hatte der Angeklagte nicht immer den besten Erfolg. Er hatte erhebliche Rückstände und eines Tages im August erhielt der Gerichtsvollzieher, um den Mann zu finden, einen Brief, der ihm die Adresse des Mannes anzeigte. Der Mann, der sich dem Gerichtsvollzieher an eine höchst merkwürdige Art und Weise entzieht. Mit seinen Gefährten hatte der Angeklagte nicht immer den besten Erfolg. Er hatte erhebliche Rückstände und eines Tages im August erhielt der Gerichtsvollzieher, um den Mann zu finden, einen Brief, der ihm die Adresse des Mannes anzeigte.“

Vom Starkstrom getötet.

Ein aus Borken stammender Elektromonteur fiel am Freitag einem Unfall in Südlohn zum Opfer. Er hatte den Auftrag erhalten, eine gemeldete Störung im Ortsnetz zu beseitigen. Der Verunglückte wollte die Leitung außer Strom setzen und hat hierbei aber aus Versehen die falschen Trennmesser geschnitten, so daß die in Frage kommende Leitung noch unter Strom blieb. Er begann darauf die Arbeit an der getrennten Niederspannungsleitung von 220/380 Volt. Die erste Berührung brachte das Unglück. Er war sofort tot.

Ein Chinese am der Grenze erschossen.

In Suderwid näherten sich drei Chinesen abwärts der Zollstraße der holländischen Grenze. Alle drei waren tagelange mit noch mehreren Stämmen in der Gegend gewesen und hatten auch dem Zollhauft ausgedrückt. Zwei von ihnen waren im Besitz ordnungsmäßiger deutscher Papiere, während der dritte in Holland anständig war und keine Bedenken hatte, die Grenze nach Deutschland zu überschreiten. In der Nähe der Zollbarriere wurde ein Chinese von einem Beamten des Zollhaufts auf der Grenze erschossen. Der Beamte hatte die drei Chinesen auf der Grenze gesehen und hatte die drei Chinesen auf der Grenze erschossen. Der Beamte hatte die drei Chinesen auf der Grenze gesehen und hatte die drei Chinesen auf der Grenze erschossen.

Die 4. Westfälische Obstmesse in Saltern.

In Gegenwart zahlreicher Behörden und Vertreter der Partei und ihrer Organisationen wurde am Donnerstag nachmittags die 4. Westfälische Obstmesse in Saltern in feierlicher Weise eröffnet. Weit über die Grenzen Salterns hinaus erregt das Ereignis Beachtung. Die Obstschau soll in erster Linie helfen, dem deutschen Obstbau und damit dem deutschen Volk durch vermehrte Absatz und Pflege des besten Obstes größeren Nutzen zu bringen.

gen. In langen Reihen stehen aus den Ausstellungstischen 800 Kisten mit den verschiedensten Obstsorten, in einer Auswahl, wie sie schöner und edler nicht aufzutreiben sind. Interessant ist es, daß der Kreis Saltern des Landrats Dr. Rietz bin 50 Baum- und Obstbäumen durch landwirtschaftliche Arbeit die ihnen notwendige Pflege angedeihen zu lassen.

Am Eröffnungstage hatte sich bereits eine ansehnliche Besucherzahl sowohl aus der näheren als auch weiteren Umgebung Salterns eingefunden.

Am Freitag, 19. Okt. Die NSB landete 60 Frauen nach Borkum. Die Gauamtsleiterin der NSB in Münster landete in diesen Tagen im Rahmen des Borkumer Mutter und Kind 60 erholungsbedürftigen Frauen und Mütter aus allen Teilen des nordwestfälischen Gau, besonders aus dem Industriegebiet und Ost-Westfalen, zum Nordseebad Borkum, wo sie sich in einer vier Wochen dauernden Kur erholen sollten. Sämtliche Frauen sind gut auf Borkum angekommen und dort im „Werkstatt“, dem Arbeitsheim der freiwilligen Arbeitsdienstlichen Westfalen-Nord, auf untergebracht worden. Sie werden dort versorgt und gebietet von der im Westfalenhof stationierten Abteilung des westfälischen freiwilligen Arbeitsdienstes. Gleich nach der Ankunft wurden sämtliche Frauen auf ihren Gesundheitszustand hin vom Badearzt untersucht. Wie wir erfahren, hat die NSB die Möglichkeit geschaffen, daß auch noch weitere Frauen und Mütter nach Borkum geschickt werden können.

Münster, 19. Okt. Symphonie-Konzert unter Prof. Pflüger. Nach der erfolgreichen Eröffnung der Konzertreihe durch den Samstags Generalmusikdirektor Eugen Padt findet am Dienstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, in der Stadthalle das zweite Symphoniekonzert des Stadtkonzertorchesters statt. Als Gast dirigiert Herr Pflüger persönlich. Die Besetzung ist eine sehr reichhaltige. Die Symphonie wird dieses Mal unter der Leitung von Prof. Pflüger persönlich. Die Besetzung ist eine sehr reichhaltige. Die Symphonie wird dieses Mal unter der Leitung von Prof. Pflüger persönlich.

Münster, 19. Okt. Gouverneur a. D. Schöne spricht in Münster. Dr. Heinrich Schöne, der letzte Gouverneur von Deutsch-Ostafrika und Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, ist seit mehreren Jahren in Deutschland bekannt. Er hat in der Vergangenheit eine Reihe von Vorträgen gehalten, die auf die Förderung der deutschen Kolonialwirtschaft abzielen. In Münster hat er am 19. Oktober einen Vortrag gehalten, in dem er die Bedeutung der Kolonialwirtschaft für Deutschland darlegte.

Münster, 19. Okt. Der „Jugendbaron“ feiert 80. Geburtstag. Man kennt ihn eigentlich nur unter dem Namen „der Jugendbaron“. Aber jeder weiß, daß er ein ganzes Leben hindurch sich einsetzt hat für das Wohl seiner Mitmenschen und vor allem in der Förderung der Jugend. Am 19. Oktober hat er seinen 80. Geburtstag gefeiert. Er ist ein Mann, der in der Vergangenheit eine Reihe von Vorträgen gehalten, die auf die Förderung der deutschen Kolonialwirtschaft abzielen.

Münster, 19. Okt. Bauernführer im Schauspiel. An der Ecke von Rogenmarkt und Neubrückenstraße fuhr gestern abend ein Bauernführer, das sich durch den starken Verkehr nicht seinen Weg zu bahnen vermochte, in ein Schauspiel hinein. Die große Scheibe ging dabei in Trümmer. Verletzt wurde glücklicherweise niemand.

Kassel, 19. Okt. Bernsteinkette für die Mainland. Das Amt für Volkstum und Heimat der NS Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ beschäftigt, die zum

Das WfW im Gau Westfalen-Nord feierlich eröffnet.

Der Gau Westfalen-Nord muß wieder an die Spitze.

In feierlicher Weise wurde am Freitag morgen im Anwesenheit des Gauleiters Dr. Meier das Winterhilfswerk im Gau Westfalen-Nord eröffnet. Die Stadthalle in Münster gab den würdigen Rahmen für den bedeutungsvollen Akt. Auf der Bühne hatten Abordnungen der NSDAP, SS und des WfW Aufstellung genommen, während ein Sturm der SA vor Beginn der Feier mit seiner Fahne einmarschierte. Alle an der Durchführung des WfW Beteiligten, sowie die Spitzen von Partei, nationalen Verbänden, Behörden, Reichswehr und FWD waren erschienen.

Nach dem Vortrag eines Musikstückes durch die Reichswehrkapelle eröffnete Gaupropagandaleiter Schmidt die Feierstunde und gedachte zunächst des Ga. Schlimme. Gedenken, der sich die größten Verdienste um die Organisation des WfW erworben hat und nicht mehr unter den Lebenden weilt. Ihn zu Ehren erhoben sich die Verammelten und die Fahnen senkten sich.

Als erster Redner ergriff Vizepräsident Weber in Vertretung des Oberpräsidenten von Linnich das Wort. Er überbrachte die Grüße und Wünsche des Oberpräsidenten, wie wir sie bereits in dem Bericht über die am Mittwoch stattgefundene Arbeitstagung mitgeteilt haben. Gauamtsleiter der NSB, Dr. Degener, erbatete dann den unsern Lesern ebenfalls schon bekannten Reichstagsbericht. Insbesondere hob er hervor, daß

die Verwaltungskosten im Gau Westfalen-Nord im vergangenen Winter nur 0,5 Prozent der Einnahmen betragen haben. Diese Zahl beweist unumstößlich, daß die Gauleitung der NSB im Gau Westfalen-Nord im Geist und nach den Richtlinien der NSDAP arbeitet.

Nach einem Musikvortrag betrat Gauleiter Dr. Meier, von dem Verammelten mit Händeklatschen begrüßt, das Rednerpult. Er führte u. a. aus: Als Gauleiter von Westfalen-Nord begrüße ich Sie alle, die Sie zu Beginn des neuen Jahres hier zusammenkommen sind. Der Führer gab den Anstoß, wir wollen unter Sozialismus der Tat unter Beweis stellen und unseren Einsatz darin sehen, wieder wie im Vor-

gelehten Sonntag ausgegebenen Bernsteinketten zu sammeln, um daraus eine Kette anzufertigen zu lassen, die in den folgenden Jahren die Mainland als belohntes Zeichen ihrer Verbundenheit mit Heimat und Volk tragen soll. Die tiefe Bedeutung solchen Symbols wird jedem klar werden, wenn er sich vorstellt, daß gerade das Bernsteinkettchen so wertvoller Gegenstand vollkommener Produktion ist, und daß diese Kette aus kleinen Stücken zusammengesetzt ist, die das Volk selbst unter Opfern im einzelnen faßt und dann zu diesem belohnenden Zweck gesammelt hat.

Am Freitag nachmittags ereignete sich ein Unfall, bei dem ein Arbeiter bei der Montage eines Unfalls.

Die Werbung der Verbrauchergenossenschaften.

Der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP, Herr Röhler, gibt bekannt: Am 9. Juli d. J. hat der Stellvertreter des Führers folgende Anordnung erlassen:

Anordnung. Betr.: Verbrauchergenossenschaften. Unbeschadet der grundsätzlichen und im Programm der NSDAP verankerten Schaffung eines gesunden Mittelstandes haben Kämpfe zwischen einzelnen Einrichtungen der deutschen Volkswirtschaft zu unterbleiben. Wegen der Zugehörigkeit zu Verbrauchergenossenschaften darf kein Parteigenosse oder Volksgenosse angegriffen werden. Die geschäftliche und die Mitgliedschaft der Verbrauchergenossenschaften wie auch die Werbung des Einzelhandels hat sich jeden politischen, weltanschaulichen oder kämpferischen Einschlags zu enthalten.

München, den 9. Juli 1934.

Damit ist den Verbrauchergenossenschaften das Recht nicht nur auf Fortführung ihrer Tätigkeit, sondern auch auf Werbung von Mitgliedern anerkannt worden. Jedoch ist diese Werbung auf die geschäftliche Werbung beschränkt, wie sie jeder Kaufmann ausüben kann, während jede politische, weltanschauliche oder kämpferische Werbung verboten ist. Es geht also nicht an, daß Verbrauchergenossenschaften zur Werbung von Mitgliedern auf einen angeblich besonderen gemeinnützigen Charakter ihrer Betriebe hinweisen oder gar durchsichtige lassen, daß sie nationalsozialistische Wirtschaftsideen vertreten. Eine Verbrauchergenossenschaft soll sich ihre Ziele berechnen und ihre Wirkungslosigkeit durch Leistungen verdienen wie jeder andere Betrieb, nicht aber auf angebliche Vorteile gegenüber anderen Betriebsformen oder angebliche Unannehmlichkeiten. Denn politische Vorteile hatten niemals einer Betriebsform als solcher, sondern nur einer verantwortungsbewussten und treuen Betriebsführung.

Gleichzeitig mit der oben wiedergegebenen Anordnung hat der Stellvertreter des Führers unterm 9. Juli 1934 folgendes bestimmt:

Anordnung. Alle Parteistellen sind angewiesen, meine Anordnung betreffend Verbrauchergenossenschaften vom 9. Juli 1934 auf das genaueste zu beachten und jede neue Regelung eines Interessentkampfes im deutschen Volk oder gar innerhalb der Bewegung zu unterbinden.

Ich beauftrage den Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik, Dr. Röhler, mit der Durchführung dieser Verfügung.

München, den 9. Juli 1934.

Einschneidende Meldungen zeigen nun, daß die Anordnung des Stellvertreters des Führers nicht überall in gleicher Weise befolgt wird. Die Werbung der Verbrauchergenossenschaften nimmt mehrfache Formen an, die dem Frieden in der deutschen Volkswirtschaft abträglich sind und die der nationalsozialistische Staat und die nationalsozialistische Bewegung nicht dulden können. Unbeschadet des ausdrücklich anerkannten Rechtes der Verbrauchergenossenschaften auf Bestand und Werbung sind daher alle offenen und versteckten Versuche zu unterbinden, die dem Sinn der Anordnung des Stellvertreters des Führers zuwiderlaufen. Hierbei ist jedoch jede Selbsthilfe und jeder Eingriff von Parteistellen, Verbänden und dergleichen verboten. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnung des Stellvertreters des Führers, dabei natürlich auch solche, die sich gegen die Verbrauchergenossenschaften richten, sind dem zuständigen Gauwirtschaftsberater anzuzeigen, der das weitere nach besonderer Anweisung veranlaßt.

Das WfW des Sozialismus ist die Tat. Wir leben nur noch das große Deutschland. Jeder Volksgenosse ist unser Bruder, unserer Art. Darum haben wir im vergangenen Winter nicht nur unsere Parteigenossen geholt, sondern allen und überall, wo Hilfe nottat.

Wo wir hungernde Kinder haben, haben wir sie froh gemacht. Denn auf die Jugend kommt es an. Sieht sie dahin, verliert sie den Glauben, dann wird immer der Tag und der Tag triumphieren. Aber wir sind heute verbunden und in der Verbundenheit sind wir stark. In dieser Verbundenheit werden wir auch den Winter überdauern. Von Tag zu Tag wachsen wir mehr zusammen und überbrücken Klassenhass, Parteilichkeit. Das muß auch das Ausland einsehen. Gott hat uns geschenkt als Deutsche, daß wir zusammenleben in einer Familie. Groß ist noch die Not, aber konnte der Führer mehr tun als er getan hat? Wir sind dabei, um die wirtschaftliche Freiheit zu erkämpfen. Das kostet Opfer. Geldentwert wird uns nichts. Gegen die Abhängigkeit vom Weltkapital lehnt sich der Nationalsozialismus auf. Wir wollen der deutschen Arbeit den Weg zur Freiheit bahnen. Die Opfer, die gebracht werden müssen, sollen gerecht verteilt werden, nicht allein von den wirtschaftlich Schwachen getragen werden. Die Wohlhabenden müssen daher bereitwillig sein zum Geben, damit alle das Gefühl wahrhafter Volksgemeinschaft haben. Das Industriegebiet, vor allem auch die Textil-, Zement- und Tabakindustrie, werden vortrefflich betreut werden. Darum müssen wir zusammenhalten, dürfen wir den Glauben nicht verlieren, den uns der Führer gab. Der Staat ist gerettet, die Partei ist einsehbar, die karitativen Verbände gewillt, eifrig mitzuarbeiten. Nun öffnet eure Hand und euer Herz. Jeder muß sich einsehen, daß der Gau Westfalen-Nord wieder an die Spitze marschiert. Es lebe der Führer, es lebe die nationale Solidarität, es lebe das große deutsche Volk.

Die nationalen Symbole schließen die eindrucksvolle Rundgebung ab.

Der Wagen rutschte infolge der Glätte auf dem Asphalt aus und geriet gegen einen Kilometerstein, der ausgefallen wurde. Dann drehte sich der Wagen mit starker Gewalt weiter und kam vor einem Baum zum Stehen. Hierbei wurde der Kraftwagen vollständig zerstört. Die beiden Insassen aus Borken kamen mit Schnittwunden und Quetschungen davon. Sie wurden von einem anderen Kraftwagen sofort nach Münster gebracht, wo ein Arzt die Behandlung aufnahm.

Meppen, 19. Okt. Gärtnertagung des Emslandes. Hier fand eine Gärtnertagung des Emslandes, umfänglich die Kreise Achterberg-Sümmling, Meppen, Uingen und Bentheim statt. Gartenbauinspektor Maus-Dannover hielt einen längeren Vortrag über den Neuaufbau des Gärtnerberufes im Reichsgebiet. 62 Kreisfachleute betreten im Bezirk der Landesbauernschaft Hannover den Gartenbau. Kreisfachleute waren bekannt, daß auch in diesem Jahre in Meppen eine Fachschule abgehalten wird, die am 5. November beginnt. Für die nächste Versammlung wurde Papenburg als Tagungsort bestimmt.

wirtschaft abträglich sind und die der nationalsozialistische Staat und die nationalsozialistische Bewegung nicht dulden können. Unbeschadet des ausdrücklich anerkannten Rechtes der Verbrauchergenossenschaften auf Bestand und Werbung sind daher alle offenen und versteckten Versuche zu unterbinden, die dem Sinn der Anordnung des Stellvertreters des Führers zuwiderlaufen. Hierbei ist jedoch jede Selbsthilfe und jeder Eingriff von Parteistellen, Verbänden und dergleichen verboten. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnung des Stellvertreters des Führers, dabei natürlich auch solche, die sich gegen die Verbrauchergenossenschaften richten, sind dem zuständigen Gauwirtschaftsberater anzuzeigen, der das weitere nach besonderer Anweisung veranlaßt.

WINTERHILFswerk



Kleider flicken,
Kleider wenden,
Kleider spenden
heißt Elend berenden

DER DEUTSCHEN VOLKER 1934/35

Gesetz über das Versteigerergewerbe.

Die Reichsregierung hat ein Gesetz über das Versteigerergewerbe beschlossen, das durch Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt, Teil I Nr. 116, vom 16. Oktober verkündet wird. Danach bedarf, wer gewerbsmäßig fremde Sachen versteigern will, dazu der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Die Erlaubnis darf nur natürlichen Personen erteilt werden, und zwar nur dann, wenn

1. ein Bedürfnis für die Zulassung eines Versteigerers nachgewiesen wird;
 2. der Antragsteller die für das Versteigerergewerbe notwendige Zuverlässigkeit besitzt.
- Die Reichsregierung erläßt die Vorschriften über den Nachweis des Bedürfnisses und die Voraussetzungen der Zulassung des Antragstellers. Die Erlaubnis wird für einen bestimmten Bezirk erteilt, in dem der Versteigerer versteigern darf. Die Erlaubnisbehörde bestimmt ferner den Sitz des Gewerbebetriebes, die Besetzung, die der Versteigerer und sein Gewerbebetriebsleiter haben und die Art des Versteigerungsgutes. Bei der Erteilung der Erlaubnis kann eine Frist bis zur Dauer eines Jahres bestimmt werden, innerhalb deren das Gewerbe begonnen werden muß, widrigenfalls die Erlaubnis erlischt. Das Versteigerergewerbe darf nur mit besonderer Erlaubnis durch einen Stellvertreter ausgeübt werden. Soll die Erlaubnis zur Ausübung des Versteigerergewerbes infolge mangelnder Zuverlässigkeit zurückgenommen werden, so kann die zuständige Behörde die Weiterführung des Gewerbebetriebes mit sofortiger Wirkung vorläufig untersagen. Die Reichsregierung bestimmt die für die Durchführung des Gesetzes zuständigen Behörden und Körperlichkeiten öffentlichen Rechts und regelt das Verfahren.

Der am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes zum Betriebe des Versteigerergewerbes berechtigt ist und dieses Gewerbe ausübt, kann es bis zum 28. Februar 1935 ohne Erlaubnis betreiben. Am 28. Februar 1935 tritt das Gesetz zur Beteiligung der Mitglieder im Versteigerergewerbe vom 7. August 1933 außer Kraft.

Deutsch-türkische Wollpläne.

Nach einer Meldung der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ werden in den nächsten Tagen mehrere Sachverständige des Landesverbandes ostpreussischer Schafzüchter eine Studienreise nach Bulgarien und nach der Türkei unternehmen, um Deutschland günstige Bezugsquellen für Wolle zu eröffnen. Es besteht der Plan, deutsche Hochleistungsschafe nach der Türkei, vielleicht auch nach Bulgarien zu liefern, um von dort später Wolle einführen zu können, da der deutsche Wollbedarf infolge der hochwertigen und teuren Wolle selbst bei größter Leistung der deutschen Schafzucht nicht voll in Deutschland gedeckt werden kann. Durch den Verkauf von Hochleistungsschafen der Türkei soll eine Veredelung der türkischen Schafherden erzielt und ihre Wolle so weit verbessert werden, daß sie für Deutschland verwendungsfähig wird. Die Einfuhr der Wolle aus der Türkei dürfte keine Schwierigkeiten bereiten, da die Türkei im erheblichen Maße Maschinen aus Deutschland bezieht.

Die deutsche Rohstoffzufuhr im September.

Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfertigwaren ist im September gegenüber August von 195 auf 200 Mill. RM. angewachsen. In der Rohstoff- und Halbfertigwarenausfuhr Deutschlands ergab sich ein Anstieg von 64 auf 66 Mill. RM.

Der 1. Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde.